

KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasien Studien an der Universität Passau.

Myanmars Regierung ruft zu einer nationalen Friedenskonferenz auf

In Anlehnung der 1946/47 in Panglong stattgefundenen Konferenzen zur Bildung eines unabhängigen Staates ruft Myanmars Regierung unter dem Titel »Panglong Konferenz des 21. Jahrhunderts« zu einer nationalen Friedenskonferenz im August 2016 auf. Sie stellt nach der Union Peace Conference im Januar 2016 die Fortsetzung des eingeleiteten Friedensprozesses der Regierung unter Präsident Thein Sein dar.

Noch nicht geklärt ist die Frage, wer an der Konferenz teil-

nehmen soll. Parteien, die keine Parlamentssitze gewonnen haben, können bislang nicht an der Friedenskonferenz teilnehmen. Daher fordert der *United Nationalities Federal Council* (UNFC), eine Koalition der ethnischen bewaffneten Gruppen (EAOs), die Teilnahme aller EAOs, von denen es über 20 in Myanmar gibt. Sicher ist bisher allerdings nur die Konferenzteilnahme der acht EAOs, die im Oktober 2015 das Nationale Waffenstillstandsabkommen (NCA) unterzeichne-

ten. Die Kämpfe im Land zwischen der Armee und den EAOs gehen jedoch unvermindert weiter. Beide Seiten haben eine jahrzehntelange Konfliktgeschichte hinter sich, geprägt von gegenseitigem Misstrauen. Der Erfolg der »Panglong Konferenz des 21. Jahrhunderts« ist somit auch unter der neuen Regierung Myanmars ungewiss.

Karen Information Center, 21.7.2016
Democratic Voice of Burma, 18.7.2016
Frontier Myanmar, 18.7.2016
Frontier Myanmar, 15.7.2016

Widerstand gegen norwegisches Staudammprojekt wächst

Das geplante »Middle Yeywa« Staudammprojekt der norwegischen Firma *Statkraft Norfund Power Invest* am Namtu Fluss im Norden des Shan Staates stößt auf großen Widerstand. In einem offenen Brief an Aung San Suu Kyi fordern die *Shan Human Rights Foundation*, die *Shan Sapawa Environmental Organisation* und das *Shan State Farmers' Network* einen Stopp aller vier geplanten Staudammprojekte am Namtu Fluss, als auch einen Stopp des,

sich im Bau befindlichen, »Upper Yeywa« Staudamms. Die Folgen für das Ökosystem des Namtu Flusses und die dort lebenden Menschen seien irreversibel. Zudem würde der »Middle Yeywa« Staudamm in einer Erdbebenzone liegen.

Drei der vier geplanten Staudammprojekte befinden sich in Konfliktregionen, wo bewaffnete ethnische Gruppen und das burmesische Militär um den Zugang zu natürlichen Ressourcen kämp-

fen. Nur wenn es eine Lösung der ethnischen Konflikte gibt, so die Unterzeichner des offenen Briefes an Aung San Suu Kyi, sowie die Vereinbarung eines dezentralen Managements der natürlichen Ressourcen, sollte eine zukünftige Entwicklung der Wasserkraft entlang des Namtu Flusses, unter Einbeziehung betroffener Communities, in Betracht gezogen werden.

Shan Human Rights, 26.5.2016
Shan Herald Agency News, 2.5.2016
Burma Link, 10.4.2016

Repatriierung von Flüchtlingen an der burmesisch-thailändischen Grenze im Gespräch

Myanmars Regierung wird eine Delegation nach Thailand entsenden, um die Staatsbürgerschaft von 196 Geflüchteten zu verifizieren, die entlang der burmesisch-thailändischen Grenze in Lagern für Geflüchtete leben und nach Myanmar zurückkehren möchten. Dies ist einem Statement des burmesischen Außenministeriums zu entnehmen, welches Ende Juni 2016 im Rahmen des Treffens von Staatsrätin Aung San Suu Kyi und dem thailändischen Premierminister veröffentlicht wurde. Beide Seiten hätten sich, unabhängig

von den 196 Geflüchteten, darauf verständigt, dass der Prozess für Rückkehrer erst beginnt, wenn gute Konditionen für ihre Gesundheit, Erziehung, sowie eine Jobperspektive hergestellt worden seien.

UNHCR-Projekt Koordinator Iain Hall sagte während eines Treffens von NGOs zur Repatriierung von Geflüchteten Ende Juli 2016, dass der *Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge* (engl. UNHCR) eine Rückkehr nicht fördert, aber jeden einzelnen Rückkehrer unterstützen würde, sofern die Entscheidung

auf der Basis der Freiwilligkeit getroffen wurde.

Über 120.000 registrierte Geflüchtete leben entlang der burmesisch-thailändischen Grenze in neun Lagern. Viele von ihnen bleiben in den Lagern, da in ihren Heimatorten immer noch Kämpfe zwischen der burmesischen Armee und ethnischen Gruppen stattfinden und es keine konkreten Pläne zur Minenräumung in diesen Gebieten gibt.

The Irrawaddy, 29.7.2016
The Nation, 30.6.2016